



Gerda
Hasselfeldt
CSU



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik.

09.05.2014

OSZE-Militärbeobachter in der Ukraine Es besteht kein Zweifel an der Legitimität der Mission

Trotz des positiven Signals der Freilassung der in Geiselschaft genommenen Militärbeobachter am vergangenen Samstag, ist die Lage in der Ukraine nach wie vor sehr besorgniserregend. Wir müssen uns jetzt sachlich und besonnen um eine diplomatische Lösung des Konflikts bemühen. Ziel muss sein, dass am 25. Mai in der Ukraine gerechte, freie und von allen Seiten anerkannte Wahlen stattfinden können. Wir müssen dem Land auf seinem Weg in eine selbstbestimmte Zukunft helfen. Um in solchen Krisenfällen, wie wir sie gerade in der Ukraine erleben, für Deeskalation, Sicherheit und Transparenz zu sorgen, wurde die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) geschaffen. Die unter ihrem Dach operierende Beobachtermission im Osten der Ukraine hat ohne Zweifel richtig gehandelt. Die CSU-Landesgruppe unterstützt die Linie der Bundesregierung, auch die von Bundesaußenminister Steinmeier formulierten fünf Punkte zur Lösung der Krise.

Die OSZE Mission in der Ukraine

Die OSZE, die 1975 aus der vormaligen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hervorging, ist eine zentrale Errungenschaft der Sicherheitsarchitektur der 70er Jahre. Sie wurde explizit dafür geschaffen, Regionen, deren Sicherheit und Stabilität in Gefahr sind, zu unterstützen. Der Organisation gehören heute 57 Staaten an, darunter die Mitgliedsstaaten der EU, die USA und sowohl die Ukraine als auch Russland. Im Rahmen der OSZE-Ziele Transparenz und Sicherheit können Teilnehmerstaaten unter dem Dach des sogenannten Wiener Dokuments in Krisenregionen vertrauensbildende Inspektionen vornehmen. Bei diesen Inspektionen wird beispielsweise in einem festgelegten Gebiet erkundet, ob dort militärische Aktivitäten stattfinden. Die unbewaffneten Missionen werden mit dem Gastland vereinbart und allen OSZE-Mitgliedsländern bekannt gegeben. Für die Mission in der Ukraine ging an sämtliche Teilnehmerstaaten – auch an Russland – eine Einladung. 29 Länder haben sich darauf hin bereit erklärt, Inspektoren zu senden. Alle von den Männern gesammelten Informationen wurden den Teilnehmerstaaten zur Verfügung gestellt. Die Mission in der Ukraine widerlegte so beispielsweise Gerüchte, nach denen bereits ganz zu Beginn der Krim-Krise russische Streitkräfte auf ukrainischem Boden gestanden haben sollen. Auch die deutsche Beteiligung an der Mission war regelkonform. Die Vorwürfe, die beteiligten Soldaten hätten nicht korrekt gehandelt oder seien Spione sind eben

falls haltlos. Vielmehr ist den Männern, die mittlerweile wieder sicher bei ihren Familien in ihrem Heimatländern angekommen sind, für ihren Einsatz und für ihr besonnenes Handeln angesichts der gefährlichen Situation zu danken. Um zur Stabilisierung der Lage beizutragen, sind zwei weitere OSZE-Missionen in der Ukraine geplant: Eine, sich bereits im Aufbau befindliche, Beobachtermission und eine Wahlbeobachtermission für die Wahlen am 25. Mai.

Fünf Punkte zur Konfliktlösung

Bundesaußenminister Steinmeier schlug für die Lösung der Krise im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ im Deutschen Bundestag fünf Punkte vor, die die CSU voll unterstützt. Dabei handelt es sich erstens um eine zweite Konferenz der Ukraine, Russlands, der EU und der USA in Genf um Wege zu finden, die in Genf I getroffenen Vereinbarungen umzusetzen. Zweitens benötigen wir eine Verständigung mit Russland über die tatsächliche Durchführung der Wahlen am 25. Mai. Drittens muss in der Ukraine selbst ein nationaler Dialog eingeführt werden. Dazu gehören Bürgermeister- oder Gouverneurskonferenzen sowie runde Tische mit Teilnehmern aus allen Teilen der Ukraine, gegebenenfalls unter Beteiligung der OSZE. Dieses Vorgehen war bereits in den europäischen Transformationsländern von großem Nutzen. Viertens muss eine Verfassungsreform eingeleitet werden, bei der sich alle Regionen des Landes in den Institutionen, in denen diese Reform beraten wird, tatsächlich vertreten fühlen. Fünftens muss ein Prozess gefunden werden, innerhalb dessen die Entwaffnung der illegalen Gruppierungen und die Räumung besetzter Gebäude erreicht werden kann. Bei der Lösung des Konflikts in der Ukraine geht es nicht um das Feststecken territorialer Vorherrschaften. Es geht darum, den Bürgerinnen und Bürgern freie Wahlen und gesellschaftliche Inklusion zu ermöglichen. Die Ukraine ist auf der Suche nach Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung. Das war der Auslöser für die Proteste der Maidan-Bewegung, die zur derzeitigen Krise führten. Es muss vermieden werden, dass sich Hass zwischen den Bevölkerungsgruppen ausbreitet. Klar ist: Ohne Russland wird es keine Stabilisierung der Situation in der Ukraine geben. Deshalb müssen wir immer wieder das Gespräch mit Moskau suchen.